

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

ÖPP, ausgeschrieben: „**Öffentlich-Private Partnerschaft**“ ist für uns Steuerzahler inzwischen richtig teuer geworden. Weil die knappen finanziellen Mittel der öffentlichen Hand nicht genügen, gleichzeitig jedoch Autobahnen und andere Verkehrsinfrastruktur dringend saniert oder ausgebaut werden muss, hat Vater Staat in den letzten Jahren bei zahlreichen Projekten nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten gesucht. Das vermeintliche Zauberwort heißt dabei „**ÖPP**“. Viele dieser Modelle sehen zunächst vielversprechend aus, erweisen sich am Ende jedoch als Kostenfalle. Sogar der Bundesrechnungshof hat die Wirtschaftlichkeit solcher Vorhaben mehrfach infrage gestellt.



Der Skandal um das ÖPP-Projekt A1-Ausbau zwischen Hamburg und Bremen zeigt deutlich, dass ÖPP dem Steuerzahler am Ende teuer zu stehen kommen. Auch in Bayern wurde unlängst über Kostensteigerungen bei ÖPP-Projekten berichtet: Der Bau der A94 zwischen Pastetten und Heldenstein soll nun 770 Millionen Euro kosten. Das sind 330 Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant. Auch die Betreiber der A8 zwischen Augsburg und Ulm sollen eine Nachforderung von 35 Millionen Euro gestellt haben. Mit den ÖPP-Projekten macht sich der Staat aktuell erpressbar, die Leidtragenden sind die Steuerzahler. Die Privatisierungsstrategie der Bundesregierung ist eine Kostenfalle, von der nur die Betreibergesellschaften profitieren. Als **FREIE WÄHLER** Landtagsfraktion sagen wir deshalb: Es ist höchste Zeit, bei **ÖPP-Projekten die Notbremse zu ziehen**. Wir fordern die Staatsregierung daher auf, sich dafür einzusetzen, dass Öffentlich-Private Partnerschaften beim Autobahnneu- und -ausbau sowie dem Autobahnunterhalt künftig ausgeschlossen sind.

Ab sofort werde ich die Freien Wähler auch im **Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen** und im **Rundfunkrat** vertreten. Ich freue mich auf die neuen Aufgaben.

R ü c k b l i c k

An Bayerns Hochschulen beginnt das Wintersemester. Wir nahmen das zum Anlass, die **Situation an bayerischen Hochschulen** genauer zu beleuchten. Ohne Frage genießen Bayerns Hochschulen einen hervorragenden Ruf. Doch es gibt auch eine Kehrseite: Es fehlt vor allem an günstigem Wohnraum für die Studierenden. Besonders akut ist die Lage in München, wo sich die beiden größten Universitäten des Freistaates befinden. Ein WG-Zimmer kostet dort durchschnittlich 570 Euro. Wohnheimplätze sind daher heiß begehrt, doch leider kaum zu kriegen. Vor diesem Hintergrund fordern wir eine deutliche Erhöhung der staatlichen Unterstützung für den Neubau und die Sanierung von Wohnheimen. Auch das BAföG muss reformiert und der Lebenswirklichkeit des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Seit seiner Einführung hat sich das BAföG als effektives Instrument der Bildungs- und Chancengerechtigkeit erwiesen. Doch trotz steigender Studierendenzahlen ist die Zahl derer, die eine Förderung erhalten, in den vergangenen vier Jahren von 671.000 auf 584.000 gesunken. Um hier gegenzusteuern, brauchen wir eine Anhebung der Einkommensfreibetragsgrenze, eine zusätzliche Erhöhung der Wohnungspauschale auf eine regional gestaffelte Durchschnittshöhe und eine Steigerung des Kinderzuschlags. Dazu haben wir diese Woche einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Erfolg für unsere Politik: **Kommunale Schwimmbäder können bald auf neue Fördergelder hoffen.** Dazu soll im Bayerischen Landtag eine Arbeitsgruppe zur Auslotung künftiger Fördermöglichkeiten eingerichtet werden. Wir haben seit Langem auf den Zusammenhang zwischen mangelnden Gelegenheiten zum Schwimmunterricht und der drastisch abnehmenden Schwimmkompetenz bei Kindern hingewiesen. Es ist erfreulich, dass nun endlich auch die CSU den Zusammenhang erkannt hat. Als FREIE WÄHLER haben wir immer wieder gefordert, dass Schwimmbäder, deren Bau einst vom Staat bezuschusst worden ist, vor der Schließung bewahrt werden müssen. Zuletzt haben wir im Juni dieses Jahres in einem Antrag gefordert, „**In kommunalen Schwimmbädern nicht den Stöpsel ziehen! – Schulschwimmunterricht vor Ort fördern!**“ Darin wurde die Staatsregierung aufgefordert, die Fördermöglichkeiten kommunaler Schulbaumaßnahmen zum Erhalt der schulisch genutzten Schwimmbäder neu zu konzipieren.

Auch unser Antrag, die **Freibeträge bei der Grundsteuer auszuweiten**, war erfolgreich. Er fand die Zustimmung aller Fraktionen. Sie haben erkannt, dass wir mit dieser Maßnahme einen Beitrag leisten, um der Wohnungsnot und dem rasanten Anstieg der Kosten für ein Eigenheim entgegenzuwirken. Gerade junge Familien müssen sich den Hausbau wieder leisten können. Wir fordern die Staatsregierung daher auf, sich einer entsprechenden Bundesratsinitiative des Landes NRW anzuschließen.

Auf der Tagesordnung des Plenums stand diese Woche auch unsere **Interpellation „Bewegtes Lernen 2020“**. Die vorgelegten Antworten der Staatsregierung sind ernüchternd. Sie zeigen, dass die Verantwortlichen noch immer die Bedeutung von Sport und Bewegung verkennen. Die Staatsregierung hat offensichtlich immer noch nicht verstanden, wie wichtig Bewegung, Spiel und Sport für ein gesundes Leben unserer Kinder sind. Dabei kommt die Ausübung von Sport auch der Entwicklung von Persönlichkeitskompetenzen, Disziplin und Verantwortungsbereitschaft, Kooperationsfähigkeit sowie Wertebewusstsein zugute. Unsere Interpellation zeigt deutlich, dass der Ausbau des Sportunterrichts an Bayerns Schulen hinterherhinkt.

Berufsbetreuer tragen eine hohe Verantwortung. Sie müssen im Sinne des Betreuten Entscheidungen treffen, die dieser nicht mehr selbst treffen kann. Die Vergütung für diese Leistung wurde allerdings seit 2005 nicht mehr an die allgemeine Preis- und Gehaltsentwicklung angepasst. Trotz einstimmiger Zustimmung des alten Bundestages wurde im Bundesrat über dieses Thema bisher nicht abgestimmt. Wir haben die Staatsregierung nun aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung der nächstmöglichen Bundesratssitzung gesetzt und darüber abgestimmt wird.

Beim **Parlamentarischen Gespräch** mit dem LBO Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen e.V. standen aktuelle verkehrs- und gewerbepolitische Brennpunkte im Mittelpunkt. Wir stehen für die ordentliche Förderung des ÖPNV in den Landkreisen sowie für eine adäquate Kostenförderung.

V o r s c h a u

Seit Jahren wird das Schichtdienst-Modell bei der Bayerischen Polizei kontrovers diskutiert. Steht der sogenannte Doppelschlag vor dem Aus? Welche Erfahrungen wurden mit neuen Arbeitszeitmodellen bereits gemacht? Darüber diskutieren wir an unserem **Parlamentarischen Abend „Entlastung oder Belastung? – Reform des polizeilichen Schicht- und Wechseldienstes in Bayern“** mit namhaften Experten.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Freitag, 20.10.2017, um 18:00 Uhr
Bayerischer Landtag, Maximilianeum

Zur Anmeldung bitte [HIER](#) klicken!

Impressum

Thorsten Glauber, MdL
Klosterstraße 10
91301 Forchheim

Tel. 09191/6219735
Fax 09191/6219736
thorsten.glauber@fw-landtag.de
www.thorsten-glauber.de